

Danziger Dampfboot.

№ 78.

Sonnabend, den 1. April.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse Nr. 5, wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1865.

36ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Neumeyer's Centr. Ztg.- u. Annonc.-Bureau. In Leipzig: Illgen & Fort. S. Engler's Annonc.-Bureau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau. In Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Die verehrten Abonnenten des **Danziger Dampfboots** werden ersucht, ihre Bestellungen auf dasselbe für das **Zweite Quartal 1865** rechtzeitig erneuern zu wollen. Der Abonnementspreis beträgt **hier** in der Expedition, wie **auswärts** bei jeder Kgl. Postanstalt pro Quartal **1 Thlr.** Zugleich erlauben wir uns, die Freunde und Gönner dieser **liberalen** Zeitung zu bitten, in ihren Kreisen die Aufmerksamkeit auf das **Dampfboot** freundlichst lenken zu wollen. Die Redaction.

Neuestes Telegramm.

Berlin, Sonnabend, 1. April, Morgens 7 Uhr. Angelommen in Danzig Morgens 9 Uhr.

Die Militär-Commission des Abgeordnetenhauses hat die, die Marine betreffende Paragraphen des Gesetzentwurfes über die Verpflichtung zum Militärdienst und damit den ganzen Gesetzentwurf, einschließlich der Mühlenbed'schen Resolution und der Resolution von Gueist, abgelehnt.

Hamburg, Freitag 31. März.

Nach einer hier eingegangenen Privatdepesche ist der vierte Theil von Forte au prince (etwa 400 Häuser) niedergebrannt. Der Schaden beträgt 2 1/2 Millionen Dollars.

Frankfurt a. M., Freitag 31. März.

Nach einem Wiener Telegramm der Frankfurter „Postzeitung“ vom heutigen Tage hätte die Unterzeichnung des Märzvertrages am 29. d. nicht stattgefunden, weil nur die Unterschrift Oldenburgs eingegangen sei. Nach demselben Telegramm beanstanden einzelne Regierungen zuzustimmen, ohne die Kammer gefragt zu haben. Einstweilen ist die Unterzeichnung bis nächsten Montag vertagt worden. Nächste Woche wird der Märzvertrag im Reichsrathe zur Verhandlung kommen.

München, Donnerstag 30. März.

Im Abgeordnetenhaus fand heute die Wahl des Präsidiums statt. Zum ersten Präsidenten wurde Professor Dr. Pözl mit 80, und zum zweiten Präsidenten Director Schöber mit 83 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Fortschrittspartei, Dr. Barth, erhielt bei der Wahl des ersten Präsidenten 31, bei der des zweiten 40 Stimmen.

Wien, Donnerstag 30. März.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Generaldebatte über das Budget des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten geschlossen. Graf Mensdorff gab eine ähnliche Erklärung wie die im vergangenen Jahre von der Regierung gemachte ab: Die Verhandlung über Fragen der äußeren Politik erheische die größte Diskretion, wenn man nicht auf das Gebiet des Handels übergehen wolle. Das Reich bedürfe des Friedens und dieser Zweck sei durch die bisherige Politik des Kabinetts erreicht. An eine schnelle Lösung der Frage bezüglich der Elberzogthümer habe wohl Niemand geglaubt. Wenn die Rechtsfrage ganz klar wäre, so würde eine Lösung schon längst erfolgt sein. Oesterreich werde am 6. April Gelegenheit haben, beim Bundestage seinen Standpunkt zu kennzeichnen; das gemeinsame Vorgehen mit Preußen habe eine Einmischung des Auslandes verhindert und der Frieden sei dadurch erhalten. Die feindselige Haltung Italiens gegenüber gehe nicht von Oesterreich aus.

Die Vorlegung des Friedensvertrages mit Dänemark ist neuerdings abgelehnt.

— 31. März. Das Abgeordnetenhaus kam in den heute fortgesetzten Budgetverhandlungen zu dem Posten der ungarischen Hofkanzlei. Abgeordneter

Kaiserfeld vertheidigte die Haltung der Opposition gegen die letzte Rede des Staatsministers v. Schmerling und warf dem Ministerium Unachtsamkeit und konstitutionelle Halbheit vor. Eine strenge Centralisation sei unausführbar; die indirekten Abgaben sollten zu Reichszwecken verwendet, die direkten und die Gebahrung mit denselben den einzelnen Ländern überlassen werden. Redner spricht sodann für baldige Einberufung des ungarischen Landtages und fordert die Regierung auf, ihr Ungarn gegenüber bisher beanspruchtes Recht sowie den von ihr festgehaltenen imperativen Ton aufzugeben. Die Opposition werde nur derjenigen Partei Ungarns die Hand reichen, welche sich mit ihr zu gleichen Principien bekenne, und zwar nur auf Grund der Idee der Reichseinheit. Der Finanzminister v. Plener wies die Vorwürfe des Abgeordneten Kaiserfeld zurück. Der Staatsminister v. Schmerling ergriff gleichfalls das Wort, um die Regierung gegen den Vorwurf der Rässigkeit zu vertheidigen, indem er dabei auf seine eigene Vergangenheit hinwies. Ihm persönlich hätte es mehr zugesagt, in der ungarischen Frage rasch vorzugehen, er habe indessen die Ueberzeugung gewonnen, daß gewisse Fragen nicht rasch lösbar seien. Der Minister erinnerte an die Schwierigkeiten, welche im Jahre 1848 die damals angestrebte Vereinbarung der ungarischen Gesetze mit der deutschen Reichsverfassung geboten hätten. Auch die Regierung würde sich mit der altkonservativen Partei Ungarns niemals einlassen; sie erkenne in dieser ihren erbittertsten Feind, dessen Mienen bis in dieses Haus hineinreichten. Der Behauptung des Abgeordneten Kaiserfeld, daß ein Theil der Bewohner Ungarns den Kaiser nur als den faktischen Herrscher des Landes anerkenne, muß der Minister widersprechen. Der Kaiser erkenne sich auch jetzt als den rechtmäßigen König Ungarns und werde als solcher von allen loyalen Ungarn anerkannt. — Das Budget wurde nach dem Antrage des Ausschusses unter Gestattung von Birements angenommen.

Kopenhagen, Freitag 31. März.

Der König hat die Demission der Minister Bluhme, Tillisch, David, Lütken und Quaade nicht angenommen, dagegen ist der Minister der Justiz, Kammerherr Helten, in Gnaden verabschiedet worden.

London, Freitag 31. März.

Nach den mit dem Dampfer „Cuba“ eingetroffenen, bis zum 22. d. reichenden Nachrichten aus New-York marschirt Sherman auf Goldsboro; das Gerücht, er habe den Ort bereits besetzt, bedarf noch der Bestätigung. Lee hat sein Hauptquartier in Raleigh und verfügt über ansehnliche Kräfte. Sheridan ist in Whitehouse angekommen. Der staatsrechtliche Kongreß hat sämtliche von Jefferson Davis empfohlenen Maßregeln angenommen. — „Herald“ versichert, Jefferson Davis habe die Fortsetzung des Conflicts aufgegeben.

Die Preussische Militärfrage und die Deutsche Arbeiterpartei.

(Brochure von Friedrich Engels.)

Die Arbeiterfrage, d. h. die Frage, wie dem Arbeiter gegenüber der wachsenden Macht des Kapitals

zu helfen ist, beschäftigt in letzter Zeit viele unserer bedeutendsten Geister. Manche thun es, weil sie wirkliches Mitgefühl mit dieser Klasse haben — Andere leider zur Erreichung politischer Zwecke. Ein dunkles Gefühl schwebt Jedem, der über diesen Gegenstand nachdenkt, wohl vor, daß nämlich der Arbeiterstand einstmals zur Erkenntnis der Macht, welche in seiner numerischen Anzahl liegt, gelangen könnte und die Folge davon eine vollständige Umwälzung der jetzigen gesellschaftlichen Verhältnisse sein werde. Es sind die verschiedensten Ausfunftsmittel vorgeschlagen worden, die Lage der Arbeiter zu verbessern und die drohende Gefahr abzuwehren. Schulze-Delitsch will, daß sie sich selbst helfen durch Sparsamkeit und gegenseitige Unterstützung, er will die Hilfe des Staats nur insofern, als derselbe den Arbeitern kein Hemmnis in den Weg legen soll, selbst Kapitalisten zu werden — Lafalle's Anhänger dagegen wünschen die Uebertragung von Staatsgeldern an associirte Arbeiter, die dann vom Privatkapital emancipirt für gemeinsame Rechnung produciren sollen. Wir halten es mit Erstereim, doch reichen unserer Ansicht nach seine Theorien nicht aus. Trotz Sparsamkeit gegenseitiger Hilfe dürften die Arbeiter aus sich selbst nicht einen derartig erträglichen Zustand erlangen, daß sie ohne begründete Mißgunst das bessere Loos der Kapitalisten betrachten werden, aber letztere sind es, welche helfen müssen, nicht der Staat. Wenn die Kapitalisten der Gefahr die Spitze abbrechen wollen, so sollten sie nicht bloß, wie sie es bisher thun, mit Rath und Belehrung in öffentlichen Versammlungen, durch Gewährung der Mittel zu besserer Schulerziehung u., also indirekt helfen, sondern auch direkt dadurch, daß sie ihre Kapitalien für die Arbeiter nutzbringend anlegen. Solches geschieht unter Anderem durch gemeinnützige Baugesellschaften, die gegen mäßigen Profit den Arbeitern gute Wohnungen liefern. Es hat das nichts mit dem demoralisirenden Almosengeben gemein. Schulze's Theorien werden nämlich niemals die Arbeiter dahin führen, daß sie sich in unsern überfüllten Städten gesunde Wohnungen schaffen können. Und die gesunde reine Wohnung ist vielleicht der sicherste Schritt zur Zufriedenheit, zur Sparsamkeit und demnach zum Wohlstande.

Alle ebleren Arbeitsfreunde können nicht der Ansicht sein, daß es gut ist, wenn der Arbeiterstand zur Erkenntnis seiner Macht im Gegensatz zum Kapital gelangt. Ihr Bestreben ist zwischen Beiden auszugleichen. Anders denkt Herr Fr. Engels, dessen Brochure uns heute zur Beurtheilung vorliegt. Er bespricht gradezu die Mittel, welche die Arbeiter zur Vernichtung der Kapitalisten anwenden sollen, indem er ihnen anrath, wie sie sich gegenüber den gegenwärtigen Kämpfen zwischen Abgeordnetenhaus und Ministerium zu verhalten haben, um daraus Vortheil für ihre Machtvergrößerung zu ziehen. Die Wichtigkeit der Grundsätze der Heresorganisation giebt er zu, doch will er zweijährige Dienstzeit. Dagegen wünscht er, daß alle Wehrpflichtigen, die Waffen tragen können, auch in den Waffen geübt werden, daß das Heer also mindestens so stark sein soll, wie Herr von Roon verlangt. Der Kostenpunkt macht ihm keine Sorge, die Arbeiter bezahlen ja nicht, sondern die Kapitalisten. Und weshalb will er diese

große Heranziehung von Wehrpflichtigen? Damit die Arbeiter in den Waffen geübt sind, wenn es darauf ankommt, die Regierung oder die Kapitalisten d. h. die Bourgeoisie zu bekämpfen. Die Frage, ob die Arbeiter die Reaktion unterstützen sollen, weil letztere ihnen Concessionen macht, verneint er, denn das haben Bourgeoisie und Arbeiter gemein, daß sie die vorläufige Reaction vernichten müssen. Er argumentirt so: die Vernichtung der Reaction hat das Aufgehen derselben unter die Kapitalisten (Bourgeoisie) zur Folge, die Vermehrung der Kapitalisten aber schafft mehr Arbeiter (oder Proletariat, wie er sie nennt). Jeder Stand kommt nun mit der Vergrößerung zur Kenntniß seiner Macht, und Kenntniß der Macht führt zum Willen dieselbe auszuüben, und deshalb zum Kampfe gegen Anderswollende. Es muß folglich der Arbeiterpartei daran liegen, daß sie, wenn sie losschlägt, nur eine Klasse von Gegnern hat, nämlich die Bourgeoisie und nicht zwei, Bourgeoisie und Reaction, wie es bei den Arbeiterbewegungen nach 1848 der Fall war.

Herr Engels empfiehlt also den Arbeitern, die Bourgeoisie in ihren Kämpfen gegen Reaction und Regierung zu stützen, damit sie, wenn sie das Heft in Händen bekommen, die durch die Bourgeoisie der Regierung abgerungenen Freiheiten Beiden gegenüber ausbeuten können. Die Arbeiter sollen deshalb nur für demokratische Wahlen zum Abgeordnetenhaus stimmen. Erlaubt die Bourgeoisie in ihren Kämpfen, so muß der Arbeiterstand dieselbe zum Vorgehen zwingen und, falls das nicht gelingt, „die von den Bürgern verrathene Agitation für bürgerliche Freiheit, Pressfreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht trotz der Bürger selbstständig fortführen“.

Wir gestehen, daß wir seit Langem nicht eine so frivole Schrift gelesen haben. Der einzige Vorschlag, den Herr Engels behufs Lösung der Arbeiterfrage zu wissen scheint, ist Loszuschlagen, Vernichtung der Kapitalisten und Uebergang des Staats in die Hände der Arbeiter. Es kann in einem Staate lang eingewurzelte Uebel geben, die nur durch Revolution zu tilgen sind (wer wollte die Berechtigung der großen Französischen Revolution läugnen?) — aber das Leiden der Arbeiter, das Proletariat, wie es sich durch die neuen industriellen Unternehmungen gebildet hat, ist denn doch zu neu und wenigstens bei uns nicht so groß, um zu diesem alleräußersten Mittel zu greifen. Im Gegentheil, wir hoffen, daß es den vielen bedeutenden Männern, welche wie Schulze-Delitsch, sich mit dieser Frage beschäftigen, gelingen wird, einen Ausgang zu finden, der, von beiden Parteien nicht nur im Princip gutgeheißen, sondern auch befolgt, den Uebergang von dem patriarchalischen Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu dem auf materiellen Interessen beruhenden in friedlicher Weise vollzieht. — b —

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

31. Sitzung am 31. März.

In der heutigen Sitzung, welcher die Minister Graf Zepplitz, v. Selchow und sechs Regierungs-Kommissare bewohnten, wurde die vom Herrenhaufe berathene Begehrdordnung einer besonderen Kommission von vierundzwanzig Mitgliedern überwiesen, von denen je drei einer Provinz angehören müssen. Dann trat das Haus in die Tagesordnung, die Beratung des Gesetzes über die Ergänzung der Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1846. Von den Abg. Wagener und Genossen wurde ein Antrag eingebracht, die Fassung des §. 1 der Regierungs-Vorlage wieder herzustellen, und von den Abg. Michaelis und Genossen ein Antrag auf Beschränkung des Maximums der Noten-Emission auf 60 Millionen Thlr. preuß. Courant. (Ausführlicheres in dem nächsten Blatte.)

Herrenhaus.

11. Sitzung am 30. März.

In der heutigen Sitzung machte der Präsident einige geschäftliche Mittheilungen. Der Handelsminister hat eine Anzahl von Exemplaren des Banbuchs und einer Eisenbahnkarte für die preußischen und die sich daran anschließenden außerpreußischen Bahnen übersendet, welche zur Verteilung gelangen sollen. Das Mitglied des Hauses Fürst Friedrich zu Salm-Horstmar ist gestorben. Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Die im Abgeordnetenhaufe in letzter Zeit berathenen Gesetzentwürfe sind dem Hause überliefert und werden den betreffenden Commissionen überwiesen. Dann tritt das Haus in die Tagesordnung. Einige Amendements zur Begehrdordnung gelangen zu nochmaliger Abstimmung und werden angenommen. Die Abstimmung über das nach den Beschlüssen des Hauses redigirte Gesetz einer Begehrdordnung erfolgt durch Namensaufruf. Bei demselben stimmen mit Ja 74, mit Nein 10 Mitglieder. Das Gesetz ist somit in der neuen Fassung angenommen. Die zu diesem Gesetz eingegangenen Petitionen werden als durch das Gesetz erledigt erachtet. Das Haus tritt demnach in die Beratung des Berggesetzes. Es ist eine große Anzahl Amendements zu diesem Gesetze eingegangen, welche vom Hause genügend unterstützt werden. Dr. v. Zander beantragt das Gesetz nach Schluß der General-Diskussion en bloc anzunehmen. Das Haus tritt in die General-

Diskussion, welche der Berichterstatter Dr. Swanger eröffnet. Er empfiehlt die Annahme des Gesetzes in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung. (Der Minister für Landwirtschaft Hr. v. Selchow ist in das Haus getreten.)

Der Handelsminister sagt der Commission Dank für die gründliche und schnelle Erledigung des Gesetzes. Die sämtlichen Aenderungen erkenne ich als Verbesserungen an und erkläre mich mit ihnen einverstanden. Die General-Diskussion ist geschlossen, das Haus nimmt den Antrag des Herrn Dr. v. Zander ohne Widerspruch an und geht sodann zur Beratung derjenigen Paragraphen über, zu welchen Amendements gestellt sind.

12. Sitzung am 31. März.

In der heutigen Sitzung, welcher die Minister v. Bodelschwingh, Graf zur Lippe, v. Selchow und später Graf zu Eulenburg bewohnten, wurde zunächst der Bericht über den Entwurf einer Fischerei-Ordnung für den Regierungs-Bezirk Stralsund mit dem Verbesserungs-Antrag des Fürsten zu Putbus und Grafen v. Kraffow angenommen. Ferner wurde der Bericht der Justiz-Kommission über den Gesetzentwurf betreffend den Anlag der Gerichtskosten für Nachlaß-Regulirungen, sowie der Bericht der Kommission für Eisenbahn-Angelegenheiten, betreffend den Gesetzentwurf über die Anlage von Eisenbahnen in den Hohenzollernschen Landen, und endlich der Bericht der Matrikel-Kommission nach den Anträgen der Commission erledigt.

Berlin, 31. März.

— Die „Rheinische Zeitung“ berichtet über die hier stattfindenden Verhandlungen des Sechsendreißiger-Ausschusses: Auch der engere Ausschuß der schleswig-holsteinischen Vereine ist hier eingetroffen unter Führung von Neergardt aus Kiel. Dieser Ausschuß hat sich sofort mit dem Sechsendreißiger-Ausschuß in Verbindung gesetzt. Den Vorschlag, sich damit einverstanden zu erklären, daß das Abgeordnetenhaus die preußische Regierung auffordere, die Landesvertretung von Schleswig-Holstein einzuberufen, um im Interesse sowohl von Deutschland, als von Preußen und Schleswig-Holstein die geeigneten Vereinbarungen zu treffen, damit die Constituirung des Landes erfolgen und das Provisorium aufhören könne, haben diese Schleswig-Holsteiner sofort abgelehnt. Sie sagen: Das Provisorium habe gar keine Berechtigung, die Constituirung des Landes müsse erfolgen, dann erst könne von einer Landesvertretung die Rede sein und könne von ihr im Namen des Landes Etwas vereinbart werden. Nach längerer Verhandlung hat dann am 26. Mittag, der Sechsendreißiger-Ausschuß die Schleswig-Holsteiner aufgefordert, zu sagen, was nach ihrer Meinung das Land an Preußen zugesuchen könne. Die Antwort lautete ungefähr dahin: die erste Voraussetzung sei und bleibe, daß der Erbprinz von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein und das Land als ein deutscher Bundesstaat anerkannt werde; geschehe das, so hielten sie dafür, daß das Land sich dazu verstehen werde, daß die Armee auf preußischem Fuße formirt und im Kriegsfalle unter preußischen Oberbefehl gestellt werde, daß Preußen im Lande Festungen und Kriegshäfen anlege, daß das Land Matrosen und einen Geldbeitrag zur preußischen Flotte leiste, so lange als es keine deutsche Flotte gebe, daß das Land in den Zollverein trete und daß Preußen die Ausführung eines Canals gestatte werde. Für unannehmbar aber erklären sie 1) daß die schleswig-holsteinischen Truppen dem Könige von Preußen den Fahneid leisten; 2) daß das Zoll-, Post- und Telegraphenwesen von preußischen Beamten verwaltet werde und 3) daß zur preußischen Armee Recruten ausgehoben werden; gegen diese Forderungen beanspruchen sie den Schutz des preußischen Abgeordnetenhauses und der ganzen deutschen Nation. Ueber diese Punkte sollte der Sechsendreißiger-Ausschuß berathen. Man scheint hier auf eine längere Anwesenheit desselben zu rechnen, denn am Dienstag-Abend ist er zu dem Abg. Dunder eingeladen.

— Die „Schleswig-Holsteinische Korrespondenz“ schreibt aus Kiel vom 28. März: „Der von Bayern und Sachsen am Bunde gestellte Antrag, über den am 6. April d. J. abgestimmt werden soll, hat die Augustenburger mit neuen Hoffnungen belebt und man sieht daraus, wie sich die Ectrinkenden an einem Strohhalm klammern, um wenigstens noch in der letzten Minute den Versuch zu machen, sich über Wasser zu halten. Einsichtsvollen Leuten muß indessen der Wortlaut des betreffenden Antrags sofort andeuten, daß letzterer selbst an und für sich gar keine Bedeutung hat, weshalb demselben auch durchaus keine politische Tragweite beigemessen werden kann. Ob die Bundesversammlung eine vertrauensvolle Erwartung ausspricht oder nicht, kann bei der definitiven Regelung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit durch die Großmächte doch gewiß nicht von irgend einem Einflusse sein und uns will der ganze Antrag eben nur als eine leere Form erscheinen, die man, um wenigstens den Schein zu wahren, in Folge

früheren Vorgehens nun in Scene zu setzen sich genöthigt sah. — In allen Gegenden unseres Herzogthums ist der 22. März, der Geburtstag des Königs von Preußen, festlich begangen worden und aus allen Theilen des Landes laufen Berichte ein, denen wir eine rege Betheiligung der Bevölkerung an dieser Feier entnehmen. Die spezifisch augustenburger Partei wird daraus erkannt haben, daß der schleswig-holsteinische Landesboden für ihre Agitationen verloren ist.“

Wien, 28. März. Auch das dänische Cabinet hat jetzt eine Note hierher gerichtet, welche sich bezüglich der schleswig-holsteinischen Interimsflagge ausdrückt. Dänemark nimmt keinen Anstand, diese Flagge anzuerkennen und ihr, die Gegenseitigkeit vorausgesetzt, die Rechte der meistbegünstigten Nationen einzuräumen. Schweden hat noch nicht officiell geantwortet, aber die Gesandten Oesterreichs und Preußens haben doch in Stockholm schon die vorläufige mündliche Erklärung entgegengenommen, daß die Anerkennung der Flagge keinem Bedenken unterliege und daß man ihr die der dänischen Flagge zugestanden Begünstigungen nicht entziehen werde, sobald umgekehrt die schwedische Flagge in den Herzogthümern derjenigen Vortheile theilhaftig bleibe, welche sie durch die Verträge mit Dänemark erworben.

— Seit einigen Tagen ist die Stadt wieder mit Schnee bedeckt; der Eisenbahnverkehr stockt, von allen Seiten wird von Schneewehen berichtet. In Triest hat der Nordwind heftig gestürmt und Kälte und Schnee gebracht.

Paris, 28. März. Zwischen der Pforte und dem französischen Gesandten Moustier in Konstantinopel ist ein so ernstliches Zerwürfniß entstanden, daß dieser sich veranlaßt sieht, hierherzukommen und sich über fernere Schritte mit seiner Regierung zu verständigen. Den Anlaß gab die Angelegenheit des Suezkanals, in welcher die Pforte der französischen Regierung weit weniger entgegenkommt, als diese hoffen zu dürfen glaubte.

— Der „Constitutionnel“ spricht sich in bestimmtester Weise gegen jenen zuerst vom „Monde“ mitgetheilten Bericht von Rom aus, dem zufolge der Papst zu dem Grafen Sartiges gesagt haben soll: „Gut, ziehen Sie Ihre Truppen zurück!“ Das Blatt nennt dies eine doppelte Verleumdung, eine Verleumdung gegen den heiligen Stuhl, und eine Verleumdung gegen die kaiserliche Regierung. „Der heilige Vater spricht nicht so, und man spricht nicht so zu einem Gesandten von Frankreich.“ Es dürfte wohl Viele geben, denen der Wortlaut der päpstlichen Erklärung vollkommen gleichgültig ist, die aber die Ueberzeugung auch nach der Zurechtweisung des „Constitutionnel“ haben, daß etwas Aehnliches im Vatican gesprochen sein muß.

Riga, 26. März. Bezüglich der Aushebung der Körperstrafe für die ländliche Bevölkerung Kurlands macht die „Rigaer Ztg.“ folgende Mittheilung: „Bereits im Jahre 1861 war mittelst einer von der Civil-Oberverwaltung beauftragten Verordnung der Kommission in Sachen der kurländischen Bauerverordnung die körperliche Züchtigung als Polizeistrafe für die Gesundheitswirthschaft Kurlands und deren Ehefrauen abgeschafft worden; eine gleiche auf die ländliche Bevölkerung Kurlands bezügliche Verordnung vom 7. April 1864 hatte die Körperstrafe für das ganze weibliche Geschlecht abgeschafft. In der Erwägung, daß die körperliche Züchtigung somit für einen bedeutenden Theil des kurländischen Landvolkes außer Uebung gesetzt ist, daß auch die Gutspolizeien, Gut- und Dienstherrn in Kurland dieselbe nur noch sehr ausnahmsweise anwenden und daß bei der steigenden Kultur und Bildung auf dem flachen Lande das Züchtigungsrecht der Gemeinde-Gerichte und Land-Polizeibehörden gegen die nicht erimirteten Glieder des Bauerstandes hinreichende Garantie für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bietet, hatte das kurländische Ritterschafts-Comité sich im November v. J. an die Kommission in Sachen der kurländischen Bauer-Verordnung gewandt und derselben den Vorschlag unterlegt, das den Gutspolizeien, Gut- und Dienstherrn zustehende Recht zur Verhängung körperlicher Strafen zu suspendiren und nur das Recht der Züchtigung minderjähriger Diensthöten und Jüglinge vorläufig fortbestehen zu lassen. Dieser Vorschlag ist von der gedachten Kommission angenommen und der Civil-Oberverwaltung zur Bestätigung unterlegt worden und ist solcher Unterlegung in vollständiger Würdigung der von dem kurländischen Ritterschafts-Comité aufgeführten Gründe am 19. Februar d. J. die Bestätigung des General-Gouverneurs von Liv-, Esth- und Kurland zu Theil geworden.“

Vocales und Provinzielles.

Danzig, den 1. April.

** Die gestrige Benefizvorstellung im hiesigen Stadttheater für Fr. Frey hatte sich eines recht zahlreichen Besuches zu erfreuen. Die geschätzte Benefiziantin wurde vom Publicum mit Beweisen der Verehrung und Zuneigung fast überhäuft; ein eingehendes Referat können wir aus Mangel an Raum und Zeit heute nicht bringen, werden es aber in der nächsten Nummer folgen lassen.

Die Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft

versichert zu billigen und festen Prämien Gebäude, Mobilien und Waaren aller Art, sowohl in der Stadt als auf dem Lande.

Der unterzeichnete, zur sofortigen Vollziehung der Policen ermächtigte Haupt-Agent, sowie der Special-Agent Herr E. A. Kleefeldt, Brodbänken-gasse No. 41., Herr Herm. Gronau, Altstädtischen Graben No. 69 und Herr M. Löwenstein, Langgasse No. 39., ertheilen bereitwilligst jede zu wünschende Auskunft und nehmen Versicherungs-Anträge gern entgegen.

Carl H. Zimmermann,
Haupt-Agent,
Hundegasse No. 46.

Der

Neue Elbinger Anzeiger

erscheint auch im nächsten Quartal wöchentlich dreimal und kostet vierteljährlich für Auswärtige 15 Sgr.

Bestellungen, die rechtzeitig erbeten werden, nehmen alle Kgl. Postanstalten an. Inserate werden gegen 1 Sgr. die Korpus-Spalt-Zeile aufgenommen.

Die Expedition,
Elbing, Spieringsstraße 13.

In demselben Verlage erscheint:

Kirchenblatt

für die evangelische Gemeinde.

Vierter Jahrgang.

Motto: Die Wahrheit wird euch frei machen (Joh. 8, 32).
Wöchentlich 1 Nummer. Vierteljährlich 10 Sgr.
Bestellungen nimmt jedes Königl. Postamt und Post-Expedition an.

Ueber die vorzüglichen Eigenschaften des:

ROBLAFECTEUR

approbirt in Frankreich, Oesterreich, Rußland, Belgien verweisen wir des Weiteren auf die bei allen Depositären vorrätige Brochüre über die vegetabilische Heilmethode des Dr. Boyveau-Laffecteur.

Der Rob Laffecteur, dessen Wirksamkeit seit fast einem Jahrhundert anerkannt ist, ist ein blutreinigender vegetabilischer Syrup, leicht verdaulich und von angenehmem Geschmack. — Dieser Rob wird von den Aerzten aller Länder empfohlen zur Heilung der Hautkrankheiten sowie im Allgemeinen der, aus verdorbenen Säften und dem Blute entspringenden Leiden. Den Syrupus aus Sarsaparille und Seifenkraut zc. weit überlegen, ersetzt der Rob den Leberthran und das Sod-Kalium.

Der Rob Laffecteur — nur dann autorisirt und als ächt garantirt, wenn er die Unterschrift **Giraudeau de St. Gervais** trägt, — ist namentlich ersprießlich um neue und veraltete ansteckende Krankheiten, ohne Anwendung mercurieller Substanzen gründlich und rasch zu heilen.

Zu finden: Berlin bei Grunzig u. Co.
Königsberg bei J. B. Oser.

General-Depôt in Paris, 12 rue Richer.

Vor Fälschung wird gewarnt. Jedesmal den Streifen verlangen, welcher den Stöpsel bedeckt und die Unterschrift: „Giraudeau de St. Gervais“ trägt.

In allen Buchhandlungen werden Bestellungen angenommen auf die

Allgemeine Illustrirte Zeitung,

„Ueber Land und Meer“,

herausgegeben von

J. W. Sackländer.

Siebenter Jahrgang.

Drittes Quartal.

*) No. 27 bis 39, vom 1. April bis Ende Juni 1865.

Pränumerations-Preis:

Vierteljährlich für 13 Nummern . . . 1 *fl.*

Halbjährlich für 26 Nummern, 1 Band . 2 *fl.*

Hiezu kommt noch der Zeitungsstempel von 3 *fl.* pro Quartal.

*) Die Jahrgänge von „Ueber Land und Meer“ erscheinen von Oktober zu Oktober und nicht, wie bei anderen Journalen, von Januar zu Januar.

Publicist.

Berliner Morgenzeitung.

Erscheint täglich und wird für auswärtige Abonnenten schon mit den Abendzügen versandt. Der „Publicist“ empfiehlt sich Allen, die der Phrasen überdrüssig sind und reale Politik, d. h. eine Politik der Interessen, wollen. Deutschlands Einheit und Macht, seit so vielen Jahren vergeblich angestrebt, ist nicht zu erreichen durch Reden und Resolutionen; es bedarf dazu der Thaten, und diese Thaten müssen von Preußen ausgehen. Preußens innere Entwicklung ist unabhängig von den Zielen seiner deutschen und europäischen Politik. Dies ist unser Redactions-Programm. Im Uebrigen ist der „Publicist“ in der Lage, stets sehr zuverlässige thatsächliche Mittheilungen zu haben. An Unterhaltungsstoff — Feuilleton; aus dem Berliner Leben; Gerichtsaal; auswärtige Begebenheiten — bringt er mehr als irgend eine andere Zeitung, und für die Interessen des Verkehrs giebt er täglich die bezüglichen Geschäfts-, Geld-, Markt- und Börsen-Nachrichten. Preis: bei allen preussischen Postämtern vierteljährlich 1 Thlr. 10 Sgr.; im übrigen Deutschland 1 Thlr. 18 Sgr.

Täglich zweimal. — Vierteljährlich 1 Thlr.

Zum Abonnement auf die täglich zweimal erscheinende

„Oder-Zeitung“,

Organ der Fortschrittspartei,

(begründet von Wilhelm Dunker)

ladet die Expedition ergebenst ein. Die Zeitung hat sich durch ihre beispiellose Billigkeit bei großer Gediegenheit einen bedeutenden Leserkreis erworben; sie ist über ganz Pommern, die Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen verbreitet. Sie bringt täglich einen Leitartikel; das politische Material wird sorgfältig gesichtet und alles Wichtige durch telegraphische Depeschen zur Kenntniss der Leser gebracht. Ueber die politischen Vorgänge in Berlin bringt das Blatt Berichte eigener Correspondenten; die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses ist es in der Lage, theilweis früher als die Berliner Blätter mitzutheilen. Den Nachrichten aus Stadt und Provinz wird die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Ein beliebter Feuilletonist schildert in wöchentlichen Briefen das Berliner Leben; außerdem Novellen, Erzählungen u. s. w. An Coursen, Markt-Berichten u. s. w. liefert die Zeitung alles, was für ein größeres Publikum von Interesse ist. Inserate werden die dreispaltige Zeitzeile zu 1 Sgr. berechnet und finden die größte Verbreitung. Stettin, im März 1865.

Die Expedition der Oder-Zeitung.

Berliner Anzeigebblatt,

Geschäfts-Bulletin und einziges Centralblatt

für alle Verkaufs-Anzeigen, Subhastationen und Verpachtungen von Gütern, Domainen, Villen, Fabrik-Etablissements u. s. w., ferner für alle Lieferungs-Submissionen und die größeren Auktionen auf allen bedeutenden Handelsplätzen. Extra-Beilage: Stellen-Anzeiger für alle Wissenschaften, Künste und Gewerbe.

Das „Berliner Anzeigebblatt“ erscheint im 3. Jahrgange und ist, da es die einzige Total-Übersicht über alle obigen Offerten bietet, weit verbreitet; Inserate pro Zeile 2 Sgr. haben daher den besten Erfolg. — Briefe wolle man genau adressiren.

Abonnements pro Quartal nur 2 1/4 Sgr. bei allen Postämtern.

Expedition von A. Ketemeyer in Berlin, Breitestr. 1.

Abonnements-Katalog für 1865.

Zusammenstellung aller deutschen, französischen & englischen Zeitschriften, unterhaltenden und wissenschaftlichen Inhalts,

mit Angabe der billigsten Abonnementspreise, herausgegeben von A. Ketemeyer.

Gr. 4^o in 23 Rubriken übersichtlich geordnet. Preis 10 Sgr.

Bekanntmachung.

Sowohl die am 1. April c. fällig werdenden halbjährigen Zinsen von den Danziger Stadt-Obligationen de anno 1850, als auch die bis jetzt nicht erhobenen Zinsen derselben Obligationen für frühere Termine, können vom 3. April c. ab, an jedem Wochentage in den Vormittagsstunden auf der Kammerei-Haupt-Kasse, gegen Auslieferung der betreffenden Zins-Coupons in Empfang genommen werden.

Danzig, den 20. März 1865.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Einführung der allgemeinen Staats-, Grund- und Gebäudesteuer hat eine Reform der städtischen Realabgaben und der Miethsteuer nöthig gemacht.

Die Aenderungen, die in dieser Beziehung eintreten werden, bestehen darin, daß vom 1. April c. ab:

- die bisherigen Realabgaben (bestehend aus der städtischen Grundsteuer, dem Ausgleichungs-Servis, dem Wach-, Müll- und Laternengeld und dem Speicherwärtergeld) ganz außer Erhebung gesetzt und statt derselben 50% zu der allgemeinen Staats-, Grund- und Gebäudesteuer als Communalsteuer-Zuschlag erhoben werden, und
- die bisherige Miethsteuer à 4% des Miethswerths fortfallen und statt derselben eine allgemeine Wohnungssteuer à 2 1/2% des Wohnungs- und Nutzungswerths eingeführt werden soll.

Mit der Erhebung des ad. a. gedachten Communal-Steuer-Zuschlages wird vom 1. April d. J. ab sowohl in der Stadt, als auch in den Vorstädten in der Weise vorgegangen werden, daß dieser Zuschlag gleichzeitig mit der Staats-, Grund- und Gebäude-Steuer durch die Einsammler gegen Aushändigung von Kassen-Quittungen abgeholt wird.

Die Abholung erfolgt monatlich; wenn aber einzelne Steuerpflichtige die vierteljährliche Zahlung wünschen, und dies der Real-Abgaben-Receiptur schriftlich anzeigen, soll bei ihnen die Abholung vierteljährlich erfolgen.

In Betreff der allgemeinen Wohnungssteuer, zu deren Einführung die Genehmigung der königlichen Regierung nachgesucht worden ist und zu erwarten steht, wird zunächst mit der Veranlagung für das Semester vom 1. April bis 1. October d. J. vorgegangen werden.

Es wird zu diesem Zwecke in den ersten Tagen des Monats April c. sowohl in der Stadt, als auch in den Vorstädten jedem Hauseigenthümer oder dem Stellvertreter desselben ein Declarations-Formular und zwar ein besonderes für jedes eine eigene Servis-Nummer führende Grundstück zur Ausfüllung vorgelegt und nach Verlauf von 3 Tagen wieder abgeholt werden.

Indem wir wegen der Ausfüllung des qu. Formulars auf die auf der Rückseite desselben abgedruckten Bestimmungen aufmerksam machen, lassen wir an die Hauseigenthümer resp. an deren Stellvertreter und Vice-Wirthe hierdurch im Allgemeinen noch die Aufforderung ergehen, diese Formulare gewissenhaft in der festgestellten Frist von 3 Tagen auszufüllen und zur Abholung bereit zu halten.

Danzig, den 27. März 1865.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniss des betheiligten Publikums, daß die Communal-Behörden beschlossen haben, die bisher gewährte Erstattung von Stromgeld für solche Vordinge und Lichterfahrzeuge, welche Waaren direct von seewärts eingegangenen Schiffen verladen und in den Binnen-Hafen von Danzig einführen, vom 1. April c. ab, aufzuheben.

Danzig, den 27. März 1865.

Der Magistrat.

Accouchement secret!

Anständige Damen, die ihre Entbindung in der Stille abwarten wollen, finden eine gemüthliche und billige Aufnahme in Berlin, Pappel-Allee 20, bei dem pract. Arzt und Accoucheur Dr. Storch. Strengste Discretion durch Concession garantirt.

Königl. Dienststempel u. Stempel, so wie alle Arten von Wappen, Thürplatten, Brief- u. Wäsche-stempel, Oblaten-Pettische, Hunde-Halsbände, Silber-sachen zc. werden Aufträge zum Graviren erbeten, vom Pettischaf- und Stempel-Fabrikant L. L. Rosenthal, Goldschmiedegasse Nr. 31, parterre.